



## Brecht mit der SPD!

# Räumt die Kohl-Regierung weg durch Massenstreiks!

Die DGB-Demonstrationen vom 23. Oktober bis zum 6. November brachten in ganz Westdeutschland über 500 000 auf die Straße. Die schweren Bataillone der Arbeiterklasse – Stahlkocher, Hafenarbeiter, die Kumpel vom Bergbau und Metallarbeiter – bildeten das Rückgrat der größten Gewerk-

im Saarland kamen über 20 000 gegen die geplanten Entlassungen beim Stahlwerk ARBED auf die Straße. Und seit dem 4. November haben Arbeiter bei der Tochter von ARBED, bei Heckel in Saarbrücken-Burbach, den Betrieb gegen die drohende Schließung besetzt. Die Arbeiter im Saarland

ke auf der anderen sind nur zwei Seiten der gleichen Medaille – beide im Gegensatz zu einer harten kommunistischen Intervention, um die Arbeiter aus dem Würgegriff von Brandt, Breit & Co. zu befreien. Die kleinbürgerlichen Grünen/Alternativen, die entweder wie Hamburger GALer unter Thomas Ebermann als parlamentarisch-kretinistische Pressure group gegenüber der SPD agieren oder eine offen reaktionäre Politik à la Bahro verfolgen („Fünf Millionen Arbeitslose sind fünf Millionen Chancen zum Ausstieg aus dem System“!), sind für klassenbewußte Arbeiter und Kommunisten nicht einmal der Erwägung einer kritischen Wahlunterstützung wert. **Keine Stimme für die Grünen, keine Stimme für die GAL!**

Wenn die Kohl-Regierung nur die ersten Schritte ihres Programms durchführt, werden Zehntausende von Arbeitern von der Arbeitslosenunterstützung gestrichen. Die „Glücklichen“, die nicht gestrichen werden, bekommen nur noch 50 Prozent ihres letzten Lohns. Jede soziale Errungenschaft steht unter Beschuß, bis zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Und jeder weiß, das ist nur die

beschäftigt, Neuaufgaben für eine neue von der SPD dominierte Volksfrontkoalition zu fabrizieren und starrt wie das Karnickel auf die Schlange auf die nächsten Wahlen. Der KB will einen „Reformblock“ und macht keinen Hehl aus der Tatsache, daß er Elemente von der bürgerlichen FDP einschließen sollte. Die *was tun* der GIM führt eine Kampagne für eine „Neue linke Mehrheit“, die dann „Druck auf eine SPD-Regierung ausüben und diese gegenüber einer CDU/CSU-geführten Regierung tolerieren“ kann. Selbst Helmut Schmidt hat offen erklärt, daß die Politik der SPD heute nicht anders wäre, wenn sie eine parlamentarische Mehrheit hätte.

Die Führer der SPD sind bei der Verwaltung des kapitalistischen Systems den Interessen ihrer „eigenen“ Bourgeoisie verpflichtet – deswegen richtete sich ihre Politik gegen die Arbeiterklasse; und der bürgerliche Koalitionspartner FDP diente ihr als Sündenbock, um diese Politik besser vor ihrer Arbeiterbasis rechtfertigen zu können. Die SPD/FDP-Koalition war solange für die Kapitalisten nützlich, bis sie ein verlässlicheres Instrument für ihre Offensive gegen die

## Für eine Arbeiterregierung!

schaftsproteste seit mindestens dreißig Jahren. Die Wut über die Angriffe der CDU/CSU/FDP-Koalition und die Furcht vor Franz Josef Strauß als Kaltem Krieger auszunutzen, benutzen die DGB-Führer die Massenproteste, um den Arbeitern die SPD wieder als „kleineres Übel“ zu verkaufen. Aber sie spielten mit dem Feuer. Militante Arbeiter trugen in Dortmund Plakate, die die wachsende Stimmung ausdrücken: „Nicht nur Dampf ablassen – kämpfen!“ IG-Metall-Vertrauensleute aus Köln sagten „Was tun? Über Generalstreik nachdenken!“ DGB-Chef Ernst Breit jammerte: „Ich fürchte um den sozialen Frieden in diesem Land.“

Breit hat Grund zur Sorge. Die DGB-Führer waren gezwungen, zu den Massenprotesten aufzurufen, als die SPD noch an der Macht war. Sie drückten den Zeitpunkt so spät wie möglich in den Herbst, um der unangenehmen Situation eines direkten Zusammenpralls mit Helmut Schmidt aus dem Weg zu gehen. Und siehe da, als die erste Demonstration stattfand, war die CDU schon an der Macht. Aber die Anzahl der Arbeiter, die bereit sind, Kohl, Strauß und Lambsdorff zu bekämpfen, war zwei- oder dreimal so hoch, wie ursprünglich erwartet. Als sich der Bürokratenklüngel auf den Tribünen versammelte, um seine Samstagnachmittags-Reden gegen den „Klassenkampf von oben“ zu schwingen, zitterten sie bei dem Gedanken an „Klassenkampf von unten“. Die militantesten Arbeiter in Dortmund und Stuttgart sprachen die schlimmsten Befürchtungen der reformistischen Gewerkschaftsführer aus: „Jetzt ist Schluß, der soziale Friede ist gekündigt!“ Und das Banner der Troztkistischen Liga Deutschlands ragte mit einem Kampfprogramm und einer Perspektive heraus: **Räumt die Kohl-Regierung weg durch Massenstreiks! Brecht mit der SPD! Für eine Arbeiterregierung!**

Totgeschwiegen von der kapitalistischen Presse, isoliert durch fehlende Aktionen und Sabotage der Gewerkschaftsführung, gibt es jeden Tag Demonstrationen von Betrieben, Streikaktionen und sogar einzelne Betriebsbesetzungen. Am 14. Oktober verließen in Kiel 6000 HDW-Arbeiter an einem Donnerstag ihren Arbeitsplatz und marschierten zum Landtag, wo der neue CDU-Ministerpräsident vereidigt wurde: „Barschel, wir kommen!“ In einer kleinen Stadt wie Völklingen

und im Ruhrgebiet wissen, wenn sie nicht kämpfen, um ihre Arbeitsplätze zu retten, gibt es keinen Ausweg für sie.

Das Problem ist nicht der Kampfwille der Arbeiter, sondern ihre Führung, die davor zurückschreckt, die enorme Macht der organisierten Arbeiter in diesem Land zu entfesseln. Kohl/Stoltenberg und Blüm führen Krieg gegen die Arbeiterklasse. Notwendig ist ein gemeinsamer Kampf der entscheidenden Teile der Arbeiterbewegung. Streikaktionen auf nationaler Ebene können die Offensive der Bosse zurückschlagen, das Kohl-Gesindel aus dem Weg räumen und wirkliche Siege in Lohnkämpfen, bei der Verteidigung von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen möglich machen. Die dringende Aufgabe ist der Aufbau von kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, die die klassenbewußtesten Arbeiter auf der Grundlage eines militanten Klassenkampfprogramms vereinigen. Für eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung!

### Die Lüge vom „kleineren Übel“ SPD

Die DGB-Mobilisierungen enthüllten die Unfähigkeit der ganzen Reihe von vorgeblich revolutionären Organisationen, ein Kampfprogramm voranzutreiben, das der Arbeiterklasse eine Alternative zur reformistischen Politik ihrer traditionellen Führung von DGB und SPD anbietet. Die kleinbürgerliche Marxistische Gruppe (MG) ging mit ihrer gefährlich arbeiterfeindlichen Kampagne gegen die „Arbeitsfront“ DGB noch einen Schritt weiter. Wenn einige Handvoll der MG bei den Massenprotesten auftauchten, dann nur, um verschämt zu versuchen, Hunderttausende von Arbeitern als reaktionär zu denunzieren. „Kein Aufstand für den Staat“, flüsterten sie, als ob sie sich der Wirklichkeit schmerzlich bewußt wären: in einer Situation, in der das deutsche Proletariat in Bewegung ist, steht die MG auf der gleichen Seite wie Kohl, Strauß & Co.! Dann gibt es das Schauspiel der Gruppe Internationale Marxisten (GIM) und des Kommunistischen Bundes (KB). Für sie ist die Losung des Tages „Alle gemeinsam gegen Rechts“ – das Schlüsselwort zur Unterstützung einer neuen Volksfront von SPD, Grün/Alternativen und einigen Liberalen. Die Position der MG auf der einen Seite und die restliche sogenannte Lin-



150 000 am 30. Oktober in Stuttgart – DGB und SPD fürchten zurecht die Geister, die sie riefen. Entfesselt die Macht der Gewerkschaften!

Vorspeise. Die CDU greift die IG-Metall als „linksfaschistisch“ an, Strauß will Gesetze gegen die „verfassungsfeindlichen“ Grünen und Alternativen. Aber kein Arbeiter sollte den Schwindel vom „kleineren Übel“ SPD glauben. Schmidt regierte über wachsende Massenarbeitslosigkeit und Angriffe auf Sozialleistungen. Die SPD ist die Partei der Berufsverbote und des Unvereinbarkeitsbeschlusses. Und während sich die neue Regierung mit ihren Erfolgen gegen den „Terrorismus“ brüstet, war es die Sozialdemokratie, die der Polizei jede Mordwaffe verschaffte, die sie verlangte und die Stuttgart-Stammheim zu einem Symbol des staatlichen Terrors gegen die Linke machte.

Trotzdem ist die vorgebliche Linke damit

Arbeiterklasse brauchte. Als loyale Arbeiterkommis des Kapitals ist das Image der SPD als „Reformpartei“ nach 13 Jahren Klassenkollaboration mit den Liberalen angeschlagen, sie ist zunehmend empfindlich dem Druck der Gewerkschaften ausgesetzt und zerrütet über Schmidts Zustimmung zur Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland.

Heute ist die SPD – unterstützt von ihren „linken“ Zutreibern außerhalb der Sozialdemokratie – unter dem neuen Kanzlerkandidaten Vogel eifrig dabei, ein neues Gesicht anzunehmen, um die Unterstützung der Arbeiterklasse zurückzugewinnen, die sie zu einem erneuten *effektiven Verrat* braucht, und bisher konnte sie 40 000 Neueintritte für sich

verbuchen. Man hört sogar Helmut Schmidt über August Bebel schwätzen, wenn er auf die in sicherer Vergangenheit liegenden revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie des neunzehnten Jahrhunderts zurückgreift. Aber es gibt keine Grundlage, der SPD heute irgendeine Unterstützung zu geben. Führende Sozialdemokraten haben ihre Bereitschaft erklärt, sich erneut an die Freidemokraten zu ketten. Formale Klassenunabhängigkeit ist aber das erste, beileibe nicht das einzige Kriterium für Revolutionäre, um durch die Taktik der kritischen Wahlunterstützung – wie der Strick den Gehängten – einen Keil in die Sozialdemokratie zu treiben, um die Basis der bürgerlichen Arbeiterpartei gegen die Spitze zu kehren und den Verrat der Führung zu entlarven. Die TLD sagt: **Erinnert euch an den Verrat der SPD!**

### Antisowjetismus heißt Austerität im eigenen Land

Die DGB-Bürokraten organisierten eine „Aktion“, die den Demonstrationen folgte. Aber sie hatte überhaupt nichts mit Arbeiterkampf zu tun. Am 10. November riefen sie zu einem antikommunistischen Boykott von polnischen Gütern für Solidarność auf und wurden ordnungsgemäß von den Solidarność-Fans der „Linken“ wie GIM und KB bejubelt. Die TLD forderte vor der Frankfurter Post: „Kein Boykott, kein Streik für Solidarność – gelbe Gewerkschaft im Dienste von NATO und deutschen Bankiers!“ und stieß auf offene Ohren bei den Postlern. Sie erinnerten sich nur zu gut, daß Breit & Co. ihren Streik 1980 ausverkauften – aber Solidarność lieben. Hoch leben die Hamburger Hafentarbeiter, die den polnischen Kohlefrachter an diesem Tag löschten!

Antisowjetismus gehört zu den Angriffen auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse wie der Papst zum Vatikan. Die Kampagne für Solidarność ist genauso Teil des Kurses, die Macht des deutschen Kapitalismus auszubauen wie Kohls Lohnraupolitik. Unter dem Deckmantel „Friedenspartei“ und als Verteidiger der „Entspannung“ spielt die SPD dabei eine führende Rolle für die Bourgeoisie, besonders mit ihren Anstrengungen, konterrevolutionäre Bewegungen wie Solidarność zu fördern. Gleichzeitig benutzt die SPD die Angst vor dem „Schlachtfeld Deutschland“, um dem wachsenden Nationalismus, Ergebnis der erstarkten Stellung des deutschen Imperialismus gegenüber dem amerikanischen, ein pazifistisches Gesicht zu verpassen. Die Zerissenheit der SPD über die Stationierung der amerikanischen Pershing und Cruise Missile markiert auch am schärfsten die Veränderung der SPD von einer „amerikanischen“ bürgerlichen Arbeiterpartei nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer deutschen. SPD-„Linke“ wie Lafontaine spielen eine Schlüsselrolle beim Aufbau der von der Evangelischen Kirche geführten Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ in der DDR – ein direkter Versuch, die DDR angesichts der imperialistischen Kriegsdrohungen zu entwerfen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs durch einen neuen „Drang nach Osten“ rückgängig zu machen und mit der Bildung eines „neutralen“ wiedervereinigten, imperialistischen Großdeutschlands zu beginnen. **Für die bedingungslose militärische Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!**

Alle imperialistischen Mächte wollen die Errungenschaften der erfolgreichen Arbeiterrevolution 1917 zerstören und den Weg zu unbeschränkter kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Intervention auf der ganzen Erde öffnen. Der einzige Unterschied ist wie. Reagan will einen „begrenzten Atomkrieg“ durch einen erfolgreichen Erstschatz gegen die Sowjets. Aber die deutschen Kapitalisten wissen, daß sie jetzt keinen Atomkrieg gewinnen können und ziehen es vor, den „Kommunismus zurückzurollen“ mit Methoden, die nicht die Zerstörung ihres eigenen Landes bedeuten. Daher das anhaltende Gerede über „Entspannung“ und die fortgesetzten Anstrengungen, um die deformierten/degenerierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks durch Osthandel zu unterminieren.

Heute pflegen die DKP und die vorgebliche Linke den Mythos, daß die SPD gehen mußte, weil „Friedenspolitik“ nicht mehr gefragt ist und mit der CDU in der Regierung die „Amis“ das Sagen haben. Aber keine Sorge, Kohl wird keinen Vaterlandsverrat gegenüber den USA begehen.

Kaum war er im Amt, traf er auch schon Mitterrand, um festzustellen, wie er seine fetten deutschen Finger an die französische

Neutronenbombe kriegen könnte. Und die CDU/CSU war genauso entschlossen wie die SPD, den Jamal-Pipeline-Handel mit der Sowjetunion gegen Reagans Sanktionen durchzudrücken.

Der innerimperialistische Konflikt über das Pipeline-Geschäft ist eine machtvoll bestätigte Perspektive, die schon von Leo Trotzki während des Ersten Weltkrieges aufgezeigt wurde – der Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Die offensichtliche Notwendigkeit der Erdgas-Röhren, selbst angesichts kapitalistischer Irrationalität und der Mißwirtschaft der Kreml-Bürokratie, ist ein Vorgeschmack auf die Möglichkeiten, die durch eine Planwirtschaft eröffnet würden, die die Arbeitskraft, technischen und natürlichen Ressourcen von der sibirischen Tundra bis zur iberischen Halbinsel einsetzt. Aber diese Perspektive bedeutet einen unerbittlichen Kampf, das Proletariat von dem sozialimperialistischen antisowjetischen Nationalismus der SPD zu brechen.

### Deutsche Arbeiter, ausländische Arbeiter: eine Klasse, ein Kampf!

In der schlimmsten kapitalistischen Krise seit fünfzig Jahren stehen riesige Unternehmen wie International Harvester, Chrysler und AEG-Telefunken kurz vor dem Zusammenbruch. Und wie in den dreißiger Jahren reduziert sich die mörderische Anarchie des internationalen kapitalistischen Marktes auf einen Kampf zwischen dem US-Imperialismus, einem von Deutschland dominierten Europa und dem wiederaufstehenden Japan. Von Stahl über Autos bis zu Videorecordern geht es um Handelskrieg. Und Handelskriege führen zu Schießkriegen. Die Arbeiter haben von den protektionistischen Maßnahmen, die die IG-Metall-Führung gegen den „Wirtschaftsimperialismus aus dem Fernen Osten“ fordert, nur zu verlieren. Gewinnen können sie aber durch einen gemeinsamen Kampf z. B. der saarländischen Stahlarbeiter von ARBED mit ihren auch von Massenentlassungen bedrohten Klassenbrüdern in der französischen und belgischen Stahlindustrie.

Antisowjetismus, Nationalismus „linker“ oder rechter Couleur, Protektionismus und eine massiv anwachsende Arbeitslosigkeit besonders unter Jugendlichen sind der Nährboden für Rassisten und Faschisten. Fünfzig Jahre nach der Machtergreifung der Nazis verbreitet das braune Pack, wenn auch heute noch klein und zersplittert, beinahe täglich wieder seinen Terror. So überfielen Anfang November etwa hundert „Fußballfans“ einen türkischen Laden in Westberlin, dem „Schaufenster der Westens“, während die Polizei in einem Auto saß und zuschaute, wie der Ladenbesitzer und seine Frau zusammengeschlagen wurden. Am 17. November wurde auf zehn türkische Familien in Thaltingen bei Ulm ein mörderischer Brandanschlag verübt; nur fünf Tage später wurde eine türkische Frau mit ihren drei Kindern in Wolfenbüttel/Niedersachsen bei lebendigem Leibe verbrannt! Dieser blutige Terror der faschistischen Mordbrenner und steigender Antisemitismus, der unheilvolle Erinnerungen an die „Reichskristallnacht“ wachruft, muß durch **gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen deutscher und ausländischer Arbeiter** gestoppt und das Nazi-Gesindel zerschlagen werden.

Ausländische Arbeiter wissen, daß sie von der SPD und ihrem „Sozialstaat“, der unter Schmidt den NATO-Schlächter Evren bewaffnete, zusammen mit den Apartheid-Mördern Südafrikas die Atombombe baute und den zionistischen Holocaust im Libanon durch „Entwicklungshilfe“ an Israel unterstützt, nichts zu erwarten haben. CDU-Politiker reden davon, weitere 800 000 ausländische Arbeiter hinauszuschmeißen. Aber es war die SPD, die die schlimmsten Folgen der kapitalistischen Krise 1973/74 auf die ausländischen Arbeiter abwälzte und erbarmungslos Hunderttausende zurück in die Armut und den Terror ihrer Heimatländer schickte. Trotzlisten fordern: **Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und ihre Familien, sofort!**

Ausländische Arbeiter, die Speerspitze bei den wilden Streiks 1973, bilden etwa ein Sechstel des Industrieproletariats und können eine zentrale Rolle nicht nur für die Revolution in Westdeutschland, sondern in ganz Europa spielen. Mit ihren deutschen Klassenbrüdern vereinigt in einer Partei, die den proletarischen Internationalismus von Luxemburg und Liebknecht verkörpert, sind

sie eine machtvoll Waffe im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

### Für Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen!

Der DGB-Vorsitzende von Nordrhein-Westfalen Geuenich erklärte zu den Massenprotesten: „Der Schritt zum angeordneten Aufstand ist ja nicht sehr weit. Das wollen wir vermeiden. Dieser Staat ist auch unser Staat. Die Bundesregierung hat nach Abschluß der Kundgebungsrunde Zeit, darüber nachzudenken.“

Aufstand? Was ist mit AEG?! 32 000 Arbeiter wurden dort in den letzten drei Jahren auf die Straße geworfen und die DGB-Führer haben nicht eine einzige Solidaritätsaktion organisiert. AEG verkörpert heute die Zukunft, die der deutsche Kapitalismus den Arbeitern zu bieten hat. AEG ist auch ein Symbol des kriminellen Rassismus und Chauvinismus der Gewerkschaftsführung – kriminell gegenüber *allen* Arbeitern. Sie spalteten und schwächten die Arbeiterklasse, indem sie dafür sorgten, daß die Türken als erste zu gehen hatten. Sie organisierten damals keinen Kampf und heute, wo es allen an den Kragen gehen soll, diskutieren sie den Verlust von weiteren 40 000 bis 60 000 Arbeitsplätzen, um „AEG zu retten“.

Und in Westberlin wurde die geplante DGB-Demo am 15. November abgeblasen, um diese miese reformistische Bettelpolitik nicht zu gefährden. Währenddessen werden in der Brunnenstraße die Maschinen verkauft und die Arbeitsplätze zerstört. **Mit Betriebsbesetzungen muß der Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze aufgenommen werden.** Eine direkte Herausforderung der AEG-Arbeiter an das kapitalistische Eigentum und das „Recht“, Tausende auf die Straße zu werfen, könnte zum Signal für Betriebsbesetzungen in ganz Westdeutschland werden, von ARBED über Agfa in München bis zu HDW in Hamburg, und Massenstreiks entzündend, die die gewaltige Macht der Gewerkschaften in einer Gegenoffensive der ganzen Arbeiterklasse enfesseln.

### Für die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit!

Als Günther Grass in die SPD eintrat, bemerkte er: „Die Vollbeschäftigung kommt nicht wieder!“ Das ist es, was der Reformismus den Arbeitern zu bieten hat: Arbeitsamt, Frauen zurück an Heim und Herd, Hunderttausende von Jugendlichen ohne Zukunft. Dagegen stellen Trotzlisten das Programm der gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit. **Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände!** Gegen die Zyniker der MG, die Arbeitslosigkeit als „Paradies“ bezeichnen und darüber spotten, daß die Arbeitslosen einfach nur etwas mehr Geld brauchen, haben Kommunisten das Interesse, das Proletariat *als Klasse* zu verteidigen. Wie Trotzki 1938 schrieb:

„Es geht darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Ruin zu bewahren. Es geht um Leben oder Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit selbst. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu befriedigen, die unausweichlich aus den Übeln hervorgehen, die er selbst erzeugt hat, dann soll er untergehen!“ (*Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale*)

Gegen die Schubladenpläne für eine 35-Stunden-Woche würden kommunistische Gewerkschaftsfraktionen die verräterische DGB-Führung mit der Forderung nach **Streiks jetzt** konfrontieren, um **30 Stunden**

**Arbeit für 40 Stunden Lohn** durchzusetzen. Ein Kampf für diese Forderung würde die Versuche lähmen, einen Keil zwischen deutsche und ausländische, männliche und weibliche Arbeiter und Arbeitslose zu treiben. **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!** Eine Klasse, ein Kampf, Arbeit für alle! Ein **Programm für gesellschaftlich nützliche öffentliche Arbeiten unter Gewerkschaftskontrolle zu Tariflöhnen** muß erkämpft werden. Die **Löhne müssen den Preissteigerungen angepaßt werden**, kräftige Lohnerhöhungen von 20-30 Prozent sind notwendig – das ist die Antwort auf die Krise des Kapitalismus, nicht seine Reform oder die Hoffnung auf den bürgerlichen Staat, der den Flicks Milliarden zuschustert und Strauß, Lambsdorff und Matthöfer Provisionen dafür zahlt.

Denn die Verwirklichung dieser Forderungen ist nur möglich im Rahmen eines umfassenden **Wirtschaftsplans auf der Grundlage der entschädigungslosen Enteignung der Banken und der Schlüsselindustrien.** Und das bedeutet eine Arbeiterregierung – nicht die SPD in Bonn, sondern eine **revolutionäre Arbeiterregierung**, die sich auf die organisierte Macht des Proletariats durch Organe der Arbeiterdemokratie stützt. In Westdeutschland ist der Kampf für eine Arbeiterregierung – die Diktatur des Proletariats – untrennbar mit der Aufgabe der **revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands** verbunden. Genauso wie die AEG-Arbeiter in Westberlin in ihrem Kampf die Unterstützung ihrer Klassenbrüder östlich der Mauer suchen sollten – wo nach dem Zweiten Weltkrieg 90 Prozent von AEG blieben und wo es keine Massenentlassungen gibt – so sollte das ganze westdeutsche Proletariat auf die ostdeutschen Arbeiter als Verbündete im Kampf für die sozialistische Revolution im Westen und die politische Revolution im Osten zum Sturz der Bürokratie schauen. Ein Rätedeutschland wäre das industrielle Machtzentrum für die **Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.**

### Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Die Alternative ist weitere, immer schärfere kapitalistische Austerität, Massenarbeitslosigkeit und die wachsende Bedrohung von Krieg und nuklearem Holocaust. Das Proletariat muß die Zukunft der Welt in seine eigenen Hände nehmen. Entscheidend für die positive Antwort auf die Alternative Sozialismus oder Barbarei ist eine revolutionäre Führung der Arbeiterklasse. 1917 konnte die bolschewistische Partei das russische Proletariat für die Eroberung der Macht gewinnen. Die einzige erfolgreiche Revolution ist trotz der nachfolgenden stalinistischen Degeneration noch immer der gewaltigste Fortschritt des internationalen Proletariats. 1918/19 gelang es der Sozialdemokratie, sich an die Spitze der Arbeiter und Soldaten zu stellen, die dem Beispiel ihrer russischen Klassenbrüder folgten. Die SPD ertränkte die deutsche Revolution in Blut.

Die SPD ist immer noch der entscheidende Bremsklotz zur Mobilisierung der Arbeiterklasse für ihre eigenen Klasseninteressen. Eine revolutionäre Massenpartei kann in Westdeutschland nur aufgebaut werden, wenn es gelingt, die Sozialdemokratie entlang ihrer Klassenlinie zu spalten. Heute will die SPD die Wut und Kampfbereitschaft der Arbeiter mit links tönendem Geklingel besänftigen. Massenstreiks können die verräterischen Pläne der reformistischen Politiker, innerhalb und außerhalb der SPD, zum Platzen bringen, die arbeiterfeindliche Kohl-Regierung beseite räumen und den Weg bahnen zum Kampf für eine Arbeiterregierung in einem revolutionär wiedervereinigten Deutschland, in dem Ausbeutung, Unterdrückung und Arbeitslosigkeit der Vergangenheit angehören werden.

### Kontaktadressen

**HAMBURG:** Tel.: (040) 40 08 19  
Postfach 20 14 34  
2000 Hamburg 20

**WESTBERLIN:** Tel.: (030) 882 11 75  
Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21

**FRANKFURT:** Tel.: (0611) 72 70 54  
Postfach 16 747  
6000 Frankfurt/Main 1  
PSchkto 119 88 – 601  
(Verlag Avantgarde)

o Ich bin an Veranstaltungen und Materialien der TLD interessiert.  
o Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren des **Spartakist**.  
o Ich möchte den **Spartakist** abonnieren. 8 Ausgaben – DM 8,50 einschließlich **Spartacist** (deutsche Ausgabe)

Name .....

Anschrift .....

Telefon .....